

Miszelle

WOLFGANG ABENDROTH

DAS PROBLEM DER WIDERSTANDSTÄTIGKEIT  
DER „SCHWARZEN FRONT“*Vorbemerkung des Herausgebers*

Die hier folgende Miszelle ging ursprünglich von der Fragestellung aus, ob die Zugehörigkeit zur Schwarzen Front im Sinne des § 6, Abs. 1, Ziff. 1 des BEG Ausschluß von Wiedergutmachungsleistungen begründe. Solche gutachtlichen Stellungnahmen gehören sehr wohl in den Pflichtenbereich des Instituts für Zeitgeschichte, passen aber nicht in Rahmen und Stil dieser Zeitschrift. Der Verfasser hat der Zurückschneidung auf eine historisch-politische Untersuchung bereitwillig zugestimmt. Auch so wären gegen die Argumentation hier und da Einwendungen zu erheben. Wie so oft (s. dazu auch W. Abendroth, *Forschungen über die Widerstandsbewegung in der Deutschen Bundesrepublik, Internationale Hefte der Widerstandsbewegung*, Wien, I, Nov. 1959, S. 62ff.) ist es schwierig, die – doch nötige – Unterscheidungslinie zwischen „Verfolgung“ und „Widerstand“ innezuhalten. Auch sind ex-post-Zeugnisse wie Strassers „Hitler und ich“ von 1948 und Stellungnahmen Beteiligten vom Ende der 50er Jahre wohl mit einiger Vorsicht zu behandeln. Aber der Kern der Ausführungen und Zeugnisse ist interessant und provozierend genug, um die Veröffentlichung sehr erwünscht zu machen.

H. R.

Der Führungskern der späteren Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten bzw. der Gruppe Schwarze Front hat unzweifelhaft bis Ende Juni 1930, und zwar seit langen Jahren, der NSDAP angehört. Er hatte sich in ihr durch den Kampf-Verlag und die von ihm herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften eine eigene Position geschaffen, die er zu dem Zwecke nutzte, innerhalb dieser Partei eine entschieden sozialistische, insbesondere auf Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer und der anderen Unterschichten gerichtete politische Linie entsprechend den offiziellen Parolen der NSDAP durchzusetzen. Schon gelegentlich der Auseinandersetzung um den Volksentscheid über die Fürstenenteignung im Jahre 1926 war es dabei zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Dr. Otto Strasser und Hitler gekommen, weil Strasser und seine Freunde aus allgemeinen Gründen demokratischer und sozialistischer Haltung das Volksentscheid-Begehren der beiden sozialistischen Parteien unterstützten<sup>1</sup>. Die Gruppierung um Otto Strasser und den sogenannten Kampf-Verlag hat das Führer-Prinzip, das Hitler zu seinen Gunsten einführen wollte und vor allem jede Anlehnung an die Machtzentren der großen finanzkapitalistischen Gruppen ständig bekämpft. Sie nahm also das durchaus ernst und wollte es

<sup>1</sup> Vgl.: das hektographierte Rundschreiben Otto Strassers aus dem Jahre 1952 „Die Schwarze Front Otto Strassers, eine geschichtliche Betrachtung“, S. 2 (im Besitz des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg/L.) und P. Bernhard Strasser OSB., Gregor und Otto Strasser, Rülshelm (Baden) 1954, S. 6.

zum Inhalt ihrer praktischen Politik und damit damals noch der Politik der NSDAP machen, was die Hitlersche Führung der NSDAP als bloße soziale Demagogie zu Manipulationszwecken jeweils zu verkünden unternahm<sup>2</sup>. Auch außenpolitisch unterschied sich die Haltung dieser Gruppe bereits vor dem formellen Bruch grundsätzlich von den Auffassungen Hitlers und Alfred Rosenbergs. Während die Parteiführung den Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag mit dem Ziel expansiv-imperialistisch-imperialistischer Unternehmungen, insbesondere des östlichen Raumprogramms betrieb und dabei durch taktische Opportunität bestimmte Bündnisverhältnisse mit wem auch immer zu schließen bereit war, bekämpfte die Gruppe um Otto Strasser den Versailler Friedensvertrag mit dem Argument, daß er im Sieg der imperialistischen Mächte das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verletzt habe. Deshalb war nach Otto Strassers und seiner Freunde Auffassung der Kampf gegen den Versailler Frieden im Bündnis mit allen anderen unterdrückten Völkern, auch den kolonial unterdrückten, völlig fremdrassischen Nationen und mit der Sowjetunion auf der grundsätzlichen Basis der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu führen<sup>3</sup>. Die Strasser-Gruppe stand dem Gedanken eines „Klassenkampfes der proletarischen und unterdrückten Nationen“ gegen den Imperialismus nahe und stellte sich ihn gewiß nicht unbedingt friedlich vor. Die Zielvorstellung war aber keineswegs die Beherrschung anderer Völker durch ein imperialistisches Deutschland, sondern ein Staatenbund der „Vereinigten Staaten von Europa“ auf der Basis grundsätzlicher Gleichheit sich selbst bestimmender Nationen mit einem alle deutschen Nationalitäten umfassenden deutschen Reich als Kern<sup>4</sup>. Auch zum Fragenkreis des Antisemitismus stimmten die Auffassungen des Strasser-Kreises mit der These des Führungskaders der NSDAP in keiner Weise überein: Zwar war unzweifelhaft auch der Strasser-Kreis antisemitisch; jedoch war er es in keineswegs größerem Maße, als programmatischer Antisemitismus seit dem Tivoli-Programm der deutschen Konservativen zum beinahe selbstverständlichen Gedankengut der gesamten sogenannten „nationalen Rechten“ gehört hat. Strasser hat sich bereits 1928 entschieden gegen den Radau-Antisemitismus der Gruppe um Julius Streicher und die unsinnige und verbrecherische Weltverschwörungs-Ideologie der Gruppe um Alfred Rosenberg gewandt<sup>5</sup>. Seine antisemitische Ideologie

<sup>2</sup> Zur Ablehnung des Führerprinzips und zur sozialistischen Grundhaltung der Strasser-Gruppe vgl. Otto Strasser, Hitler und ich, Buenos Aires 1940 bzw. Konstanz 1948, S. 122 ff., und auch K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 2. Aufl., Stuttgart 1957, S. 125.

Vgl. ebenso das „Gutachten über Otto Strasser und die von ihm geleitete Schwarze Front“ des Instituts für Zeitgeschichte in München aus dem Jahre 1956, S. 1/2.

<sup>3</sup> Vgl. in der Tatsachenfeststellung dazu das Gutachten über die Schwarze Front von Dürr-Munz (im Auftrag des Württembergisch-Badischen Justizministeriums, Abtlg. VI, AZ: 208/464), S. 12/13, das aus dieser Tatsachenfeststellung allerdings verfehlte Konsequenzen zieht.

<sup>4</sup> Vgl. Weigand von Miltenberg (Herbert Blanck), Adolf Hitler–Wilhelm III, Berlin 1931.

<sup>5</sup> Konrad Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus, Die Karriere einer Idee, Berlin 1932, S. 261.

basierte auf verschwommen-romantischen Volksvorstellungen und setzte sich die Behandlung der Juden als nationale Minorität mit rechtlich gesichertem Minoritätsstatus zum Ziel. Infolgedessen wurde es möglich, daß ein herkunftsmäßig jüdischer radikal-liberalsozialistischer Rechtsphilosoph wie Dr. Kurt Hiller am 30. Januar 1958 eine gemeinsame politische Erklärung mit Dr. Otto Strasser gegen das Dritte Reich publizierte<sup>6</sup> und auch in späteren Erklärungen immer wieder betonte, daß nach seiner Meinung Otto Strasser ein grundsätzlicher (nicht nur taktischer) Gegner des Hitlerschen Nationalsozialismus gewesen sei<sup>7</sup>.

Bei diesen tiefen ideologisch-politischen Gegensätzen zwischen dem Hitlerschen Nationalsozialismus und den Vorstellungen, die Dr. Otto Strasser und sein Kreis mit dem Worte Nationalsozialismus verbanden, konnte es nicht ausbleiben, daß es in der Periode der unmittelbaren Vorbereitung des Aufstiegs der NSDAP zur Macht zum organisatorischen Bruch kam<sup>8</sup>. Den Anlaß hat der Metallarbeiterstreik in Sachsen im Jahre 1930 geboten, währenddessen die Gruppe um Dr. Otto Strasser und den Kampf-Verlag – ihrer merkwürdigen und gewiß wenig logischen Mischung von national-revolutionären, jungkonservativen und sozialistischen Vorstellungen getreu – die Streikenden publizistisch unterstützte. Da Adolf Hitler und die Parteiführung der NSDAP damals bereits Verbindungen zur Industrie hatten und hofften, mit deren Hilfe das Erbe des Brüning-Regimes antreten zu können, nahm umgekehrt die NSDAP gegen den Streik Stellung. So forderte die Parteiführung von Strasser die Einstellung seiner publizistischen Kampagne. Hitler versuchte überdies, Strasser durch das Angebot einer Abfindung und eines Reichtagsmandats von seiner Politik abzulenken. Strasser kündigte darauf den Gehorsam und veröffentlichte am 4. Juli 1930 in allen Blättern des Kampf-Verlages eine Erklärung mit der Losung „Die Sozialisten verlassen die NSDAP“<sup>9</sup>. In dieser Erklärung wurde die NSDAP in aller Schärfe angegriffen, weil sie durch die Preisgabe des Arbeiterstandpunktes ihre Prinzipien nun auch für jedermann erkennbar verraten habe, und weil die „Treue zur Idee“ über jeder möglichen Treue zu irgendeinem Führer oder irgendeinem Apparat stehe. Damit wurde Hitlers manipulierend-dezisionistische, prinzipienlose, nur auf Machterwerb gerichtete Führungsstellung grundsätzlich abgelehnt. Mit dieser Stellungnahme bekundete die spätere Schwarze Front eine entschieden anti-totalitäre Haltung, die der realen Interessenpolarität in der Gesellschaft durch Repräsentation der Ansprüche der Unterschichten Ausdruck geben wollte, in erklärtem Gegensatz zum totalitären Charakter der Partei und der Führungsrolle Adolf Hit-

<sup>6</sup> Erneut abgedruckt in Kurt Hiller, Köpfe und Tröpfe, Hamburg 1950, S. 144ff.

<sup>7</sup> Vgl. Kurt Hiller, a. a. O., S. 141f. und S. 148ff. sowie dessen Schreiben an das Justizministerium von Baden-Württemberg vom 2. 7. 1953 (Durchschlag im Besitz des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg).

<sup>8</sup> Ebenso Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, a. a. O., S. 3ff., mit guter (leider jedoch nicht durch wissenschaftlichen Apparat belegter) Zusammenfassung der damaligen Ideologie der Strasser-Gruppe.

<sup>9</sup> Vgl. dazu das in Anm. 1 zitierte Rundschreiben Strassers, S. 2–3; Otto Strasser, Hitler und ich, a. a. O., S. 122ff., sowie K. D. Bracher, a. a. O., S. 123.

lers<sup>10</sup>. Das Ziel der durch die „Kampfgruppe revolutionärer Nationalsozialisten“ und die spätere Schwarze-Front-Kombination vertretenen Politik blieb weiter die konsequente Verwirklichung konkreter Ziele, nicht eine nach allen Seiten ausgreifende Massendemagogie mit dem Ziel totaler, inhaltlich blinder Machtergreifung. Insbesondere die Polemik gegen Hitlers Verrat am Sozialismus wurde von der Schwarzen Front bis zum Ende des Dritten Reiches konsequent und ununterbrochen weitergeführt<sup>11</sup>.

Es unterliegt dabei natürlich keinem Zweifel, daß der politische Vorstellungskreis der Schwarzen Front, die bald auch die Gruppe um Major Buchrucker und Reste des Stennes-Kreises an sich zu ziehen wußte, ohne jedoch jemals Einfluß auf breitere Volksschichten zu erlangen, mit den liberal-rechtsstaatlichen und formal-demokratischen Methoden, wie sie der Weimarer Verfassung entsprachen, nicht vereinbar gewesen ist. Aber es läßt sich durchaus fragen, ob sie im Jahre 1930 und mit dem Regime der Präsidialkabinette noch ein gültiger Maßstab war<sup>12</sup>. Die „deutsche Revolution“, die die Schwarze Front zu erstreben versprach, war jedenfalls in deren Augen ein organischer Prozeß, der mit dem ersten Weltkrieg begonnen hatte, auf den nun jedes politische und soziale Ereignis bezogen werden sollte. Als Hauptfeind erschien Strassers Gruppierung unzweifelhaft von nun an die NSDAP als die Partei der totalitären Kombination der Führer-Ambitionen Adolf Hitlers mit den restaurativen und reaktionären Bestrebungen des deutschen Großkapitals<sup>13</sup>. Die Schwarze Front bekämpfte zwar konsequent die Politik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher. Ihr wichtigstes Anliegen war es jedoch, die Errichtung einer Diktatur Adolf Hitlers, die im Bündnis mit dem deutschen Großkapital stehen würde, zu verhindern. Die Schwarze Front versuchte deshalb immer wieder, zunächst alle kleineren nationalistischen Gruppen und politisch aktiven Gruppen der freien Jugendbewegung, dann aber auch weit darüber hinaus alle sozialistischen und demokratischen Kreise zu einer Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus Adolf Hitlers zu sammeln. So gelangte sie im Herbst 1932 auf der durch sie einberufenen Leuchtenburg-Tagung zu der Lösung, zur Rettung Deutschlands in der Krise ein „Revolutionskabinett“ zu fordern, in dem der Reichsbannerführer Höltermann, der frühere sozialdemokratische Innenminister Severing, der sich zur KPD bekennende frühere Reichswehrleutnant Scheringer und Gregor Strasser sitzen sollten<sup>14</sup>. Sie trat gegenüber der unklaren damaligen Stellungnahme der NSDAP und den hintergründigen Vorstellungen in den Präsidialkabinetten energisch für die Aufrechterhaltung der republikanischen Staatsform ein<sup>15</sup>. Sie lehnte entschieden jede Parteidiktatur ab und

<sup>10</sup> Vgl. ebenso K. D. Bracher, a. a. O., S. 127 und 171.

<sup>11</sup> Vgl. ebenso K. D. Bracher, a. a. O., S. 163 und 668.

<sup>12</sup> So auch Arthur Rosenberg, *Entstehung und Untergang der Weimarer Republik*, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1955, S. 479.

<sup>13</sup> Vgl. Otto Strasser, *Aufbau des deutschen Sozialismus*, Leipzig 1930, und *Wir suchen Deutschland*, ein freier Disput zwischen Gerhard Schultz-Pfaelzer, Otto Strasser, Major Buchrucker, Herbert Lang, Leipzig-Zürich 1931, S. 13 ff., 26 ff., 122 ff., 137 ff., 181 ff.

<sup>14</sup> „Schwarze Front“, 7. Jg. Nr. 36, vom 23. 10. 1932, S. 2.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 1.

forderte eine Einheitsfront, um sie zu verhindern<sup>16</sup>. Sie bekämpfte durch Flugblattaktionen den kleinen Bürgerkrieg, den sich die paramilitärischen Verbände der großen politischen Parteien – SA, Stahlhelm, Reichsbanner, Antifaschistische Aktion – gegeneinander lieferten, um die Massen der arbeitenden Bevölkerung zu friedlichem Zusammenwirken zu erziehen<sup>17</sup>. Der Sonderbeauftragte des Reiches zur Bekämpfung des Nationalsozialismus im Reichsinnenministerium, Dr. Carl Spieker (der spätere Staatsminister der Zentrumsparlei im Kabinett des Landes Nordrhein-Westfalen) hat deshalb mit Otto Strasser in der Bekämpfung der NSDAP bewußt und auch mit den Mitteln finanzieller Förderung zusammengewirkt<sup>18</sup>. Der damalige preußische Finanzminister Otto Klepper hat zum Zwecke der Bekämpfung des Nationalsozialismus über Dr. Spieker der Schwarzen Front preußische Staatsmittel zur Verfügung gestellt<sup>19</sup>. Sie bot im Sommer 1932, als sie Nachrichten über den beabsichtigten Staatsstreich des Reichskanzlers von Papen in Preußen erhielt, den Führern des Reichsbanners und der preußischen Regierung ihre Hilfe gegenüber den Staatsstreichplänen der Reichsregierung an<sup>20</sup>. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Schwarze Front nach der Machtergreifung schon am 4. Februar 1933 – also sehr lange vor der Illegalisierung der anderen nicht nationalsozialistischen politischen Organisationen – verboten worden ist<sup>21</sup>.

Nach ihrer Illegalisierung – auf die sie sich konspirativ vorbereitet hatte<sup>22</sup> – führte die Schwarze Front den Kampf gegen den siegreichen Nationalsozialismus Adolf Hitlers mit aller Energie fort. Sie versuchte zunächst, eine politische Kombination einer Reihe von ständisch denkenden, aber antinationalsozialistischen kleineren Gruppierungen einzuleiten, an deren vorbereitender Besprechung in Berlin Arthur Mahraun, der Führer des Jungdeutschen Ordens, Ernst Niekisch, der Führer der „Widerstand“-Gruppe, und Dr. Helmut Mylius, der Herausgeber einer politischen und wirtschaftspolitischen mittelständischen Wochenschrift „Die Parole“ in Frankfurt/Main teilgenommen haben<sup>23</sup>. Diese Bestrebungen führten nur insofern zum Erfolg, als eine ständige Zusammenarbeit mit dem sogenannten Hardenberg-Stein-Kreis in Berlin erzielt wurde, in dem neben ausgesprochen konservativen Kräften auch frühere Anhänger der Staatspartei mitgewirkt haben, wie Reichsminister a. D. Hermann Dietrich in einem Schreiben vom 24. 2. 1947 an den Gesandten a. D.

<sup>16</sup> „Schwarze Front“, 7. Jg. Nr. 25 vom 24. 7. 1932, S. 1.

<sup>17</sup> Ein wahrscheinlich Ende 1931 bzw. Anfang 1932 verbreitetes Flugblatt dieser Art befindet sich in Photokopie im Archiv des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg.

<sup>18</sup> Dazu sein Schreiben vom 31. 8. 1953 in Abschrift daselbst.

<sup>19</sup> Dazu Schreiben an Staatsminister Dr. Franz Meyers vom 12. Juli 1954 (in Abschrift daselbst).

<sup>20</sup> Dazu Abschrift einer eidesstattlichen Erklärung des Oberstleutnants a. D. Buchrucker (daselbst). Vgl. dazu auch das Schreiben von Herrn Buchrucker an das Marburger Institut für wissenschaftliche Politik vom 24. 10. 1958.

<sup>21</sup> Vgl. Gutachten Dürr-Munz, a. a. O., S. 7.

<sup>22</sup> Vgl. Otto Strasser, Hitler und ich, Konstanz 1948, S. 178 f.

<sup>23</sup> Schreiben von Dr. Helmut Mylius (jetzt Stuttgart) an das Marburger Institut vom 15. 11. 1958.

Eisenloher in Badenweiler ausdrücklich bestätigt hat<sup>24</sup>. Nach anfänglicher Tätigkeit in Deutschland ging Dr. Otto Strasser zwecks Organisation des weiteren illegalen Kampfes in Deutschland bereits im Frühjahr 1933 ins Ausland, zunächst nach Wien<sup>25</sup>. Die Schwarze Front führte in dieser Periode ihre Propaganda noch immer im Zeichen der früheren Ideologie der „deutschen Revolution“ mit der Parole, die Hitler-Diktatur entspreche der Phase der Gironde, während der Sieg der revolutionären Nationalsozialisten den jakobinischen Höhepunkt der deutschen Revolution einleiten werde<sup>26</sup>. Diese Propaganda, die sichtlich auf die Ausnutzung der stimmungsmäßigen Gegensätze zwischen SA und Unterschichten einerseits und Führung der NSDAP und Oberschichten andererseits gerichtet war, schlug dann nach den Röhmauseinandersetzungen unter der Parole „Sozialistische Revolution oder faschistischer Krieg“ in die Bekämpfung des kommenden imperialistischen Vorstoßes Adolf Hitlers um<sup>27</sup>. Die Strasser-Gruppe versuchte nunmehr mit allen Mitteln eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit aller gegen Hitler tätigen illegalen Gruppen zwecks Mobilisierung des Auslandes gegen die ihm vom Dritten Reich drohenden Gefahren herbeizuführen<sup>28</sup>. Sie war die einzige illegale Gruppe, die vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges vorübergehend in der Lage war, Schwarzsender im Ausland gegen das Dritte Reich zu organisieren. Dieser Versuch endete mit der Ermordung des technischen Leiters dieses Senders, des Ingenieurs Formis, durch nationalsozialistische Agenten<sup>29</sup>. Bereits in dieser Zeit war Dr. Otto Strasser nach dem Urteil des sudetendeutschen sozialdemokratischen Führers Wenzel Jaksch „der temperamentvollste Befürworter einer europäischen Widerstandsfront gegen Hitlers Kriegspläne“<sup>30</sup>. Die energische Widerstandstätigkeit der Strasser-Gruppe veranlaßte die Gestapo zu der Behauptung, daß die mißglückten Attentate auf Hitler, die 1936 der jüdische Student Helmut Hirsch und 1938 zwei Männer namens Döpking und Kremin unternommen haben, von Otto Strasser dirigiert worden seien. Das gleiche wurde von dem Attentat am 8. November 1939 im Münchener Bürgerbräukeller, das

<sup>24</sup> Abschrift im Archiv daselbst.

<sup>25</sup> Vgl. die Feststellung der Gestapo in der Anklageschrift des Oberreichsanwalts (Zweigstelle Berlin) 776/55 vom 18. 2. 1935 gegen Heinz Bülow, S. 8 (Abschrift daselbst).

<sup>26</sup> Vgl. Anklageschrift Bülow a. a. O., S. 10ff., mit eingehenden Zitaten aus den Propagandaschriften der Schwarzen Front.

<sup>27</sup> A. a. O., S. 19ff.

<sup>28</sup> Ein Bericht des Kölner Stadtverordneten Wilhelm Pertz (SPD), der als SAP-Mitglied der von dem früheren Vorsitzenden des Deutschen Freidenker-Verbandes Max Sievers geleiteten Widerstandsgruppe angehörte, über eine gemeinsame Besprechung von Otto Strasser, Max Sievers, Sollmann und einem kommunistischen Funktionär mit ihm in Luxemburg im August oder September 1934 befindet sich abschriftlich im Besitz des Marburger Instituts für wissenschaftliche Politik.

<sup>29</sup> Vgl. dazu Wenzel Jaksch, *Europas Weg nach Potsdam*, Stuttgart 1958, S. 268 und 485, Anm. 77.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 317 und 492, Anm. 65; vgl. dazu auch Otto Strasser, *Europäische Föderation*, Zürich 1935.

durch Elser angeblich durchgeführt wurde, behauptet<sup>31</sup>. Besonders bemerkenswert für die Haltung dieser Gruppe in dieser Zeit ist, daß Dr. Otto Strasser nach dem Nürnberger Parteitag der NSDAP 1935 in einem Aufsatz „Genug! Ein Wort zur Judenfrage“ in schärfster Weise gegen die Nürnberger Gesetze protestierte und für die Gleichberechtigung des jüdischen Volkes und auch der individuellen einzelnen Juden eintrat<sup>32</sup>. Jeder einzelne Jude müsse das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob er zum Staatsvolk gehören oder den Status einer rechtlich geschützten nationalen Minderheit, des jüdischen Volkes als solchem, annehmen wolle. Die Schwarze Front bekämpfte besonders energisch die Kriegsvorbereitungen des Dritten Reiches und ihrer Machthaber. Am Vorabend der Sudetenkrise, im August 1938, unterrichtete Dr. Otto Strasser Präsident Benesch durch dessen Freund Dr. Hubert Ripka eingehend über die Gedanken und Pläne der deutschen Militär-Opposition gegen Hitler, um die Kapitulation der Westmächte vor Hitler zu verhindern<sup>33</sup>. Die ideologisch-politische Grundlage des Widerstandskampfes seiner Gruppe in dieser Periode ergibt sich aus seiner gemeinsamen öffentlichen Erklärung mit Dr. Kurt Hiller vom 30. Januar 1938. Darin wird die konsequente Ablehnung jeder Form der totalitären Parteidiktatur, des „zoologischen“ Rassismus, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der imperialistischen Außenpolitik, die Bejahung der Humanität, der Freiheit der Religionsgesellschaften wie der Bekenntnisfreiheit für Areligiöse, des Friedens, des Rechtsgedankens, einer Europäischen Föderation und des Sozialismus gefordert<sup>34</sup>. Auch dies Programm enthält zwar zweifellos sowohl unreal-romantische als auch undemokratische Teile. Es ist aber eindeutig gegen den Nationalsozialismus im Sinne der NSDAP und des Dritten Reiches und gegen jeden Totalitarismus gerichtet. Es ist deshalb nicht zufällig, daß der Polizei- und Justizapparat des Dritten Reiches die Anhänger der Schwarzen Front besonders heftig verfolgt hat<sup>35</sup>.

<sup>31</sup> Gutachten Dürr-Munz, a. a. O., S. 8.

<sup>32</sup> „Die Deutsche Revolution“, 10. Jg. Nr. 17, 2. Septembernummer 1935, S. 1 (eine Photokopie befindet sich im Besitz des Marburger Instituts).

<sup>33</sup> „Der Sozialdemokrat“ (London) vom 15. 1. 1946 und Wenzel Jaksch, a. a. O., S. 517 und 492, Anm. 65.

<sup>34</sup> Kurt Hiller, a. a. O., S. 144ff., bringt diese Erklärung in vollem Wortlaut.

<sup>35</sup> Vgl. z. B. den Fall der 1938 zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilten, 1945 im KZ Ravensbrück ums Leben gekommenen Frau Hedwig von Arnim (Nachweise darüber in den Akten des Marburger Instituts).